



Fraktion
Freie Wähler
Mannheimer Liste

Etatrede 2016/2017

**ZUKUNFT SICHERN,
VERANTWORTLICH
HAUSHALTEN.**

24.11.2015

Prof. Dr. Achim Weizel,
Fraktionsvorsitzender

Die parteiunabhängige
politische Kraft in Mannheim
www.mannheimerliste.de

Fraktion Freie Wähler Mannheimer Liste



Roland Weiß, Holger Schmid (stellv. Fraktionsvorsitzender), **Prof. Dr. Achim Weizel** (Fraktionsvorsitzender), **Christopher Probst, Wolfgang Taubert** (v. l.)

Fraktionsgeschäftsstelle Freie Wähler – Mannheimer Liste

Christiane Hossner
Rathaus E 5 • 68159 Mannheim
Tel. 0621 / 293 - 9402
Fax 0621 / 293 - 9876

MannheimerListe@Mannheim.de
www.MannheimerListe.de



Etatrede Prof. Dr. Achim Weizel, Fraktionsvorsitzender

Zukunft sichern, verantwortlich haushalten

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen Bürgermeisterinnen,
sehr geehrte Herren Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
sehr geehrte Vertreter der Medien,

Uns liegen die Haushaltsreden des Oberbürgermeisters und des Kämmerers vor. In der Haushaltsrede des Kämmerers findet sich folgende Feststellung des Regierungspräsidiums Karlsruhe: „Die Stadt hat in vorbildlicher Weise wichtige Rahmenbedingungen zur nachhaltigen Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit sowie von Handlungs- und Gestaltungsspielräumen geschaffen“

Stimmt das?

Sind dieser Doppeletat und die mittelfristige Finanzplanung wirklich so angelegt, dass wir ruhig in die Zukunft schauen können?

Wir, die Freien Wähler – Mannheimer Liste, sind überzeugt, dass dies nicht eintreten wird und bei dem vorliegenden Entwurf auch gar nicht eintreten kann.

Zu viele Probleme werden verdrängt, verschoben oder von vorneherein gar nicht angegangen. Die momentane finanzielle Lage mit einem geschätzten positiven Jahresabschluss für 2014 und 2015 in der Größenordnung von 24 Mio. Euro, der aber größtenteils durch vermehrte Zuweisungen zustande kommt, sorgt für eine

falsche Beruhigung. Die Probleme, die spätestens 2017/2018 massiv auf uns zukommen, werden in ihrer ganzen Tragweite von der Verwaltung nicht offengelegt.

Wir dürfen nicht mehr, wie in der Vergangenheit, für den Tag leben sondern müssen unsere Zukunft gestalten. Pflicht muss daher sein, primär den Bestand zu erhalten, ehe neue kostenträchtige Projekte angestoßen werden. Diese Einstellung finden wir in diesem Haushalt nicht.

Bei einem soliden Haushalt müssen Erlöse und Ausgaben in einem gesunden Verhältnis stehen. Dies ist im vorliegenden Haushalt auch nicht der Fall.

Die Kämmereischulden und Schulden der Eigenbetriebe betragen rund 1 Milliarde Euro, die pro Kopf Verschuldung liegt bei 1800 Euro, wird sind nach wie vor die Stadt mit dem zweithöchsten Schuldenstand im Land.

Trotz Rekordeinnahmen sind wir nicht in der Lage die steigenden Ausgaben zu finanzieren, die Reserven sind aufgebraucht, die gesetzlich vorgeschriebenen Reserven können nicht dargestellt werden.

In den Worten von Oberbürgermeister Dr. Kurz:

„Da die Ertragslage nicht im gleichen Maße steigt wie die Aufwendungen, wird es schwieriger einen genehmigungsfähigen Haushalt vorzulegen“.

Haushaltsstrukturprogramm I

Mit dem Haushaltsstrukturprogramm I sollte von 2010 bis 2013 ein kumulierter Betrag von 36,4 Mio. Euro erwirtschaftet werden. Nach Aussagen von Kämmerer Specht in seiner Haushaltsrede wurde der Haushalt nur um 19 Mio. Euro entlastet, was bedeutet, dass das Ziel damals um die Hälfte verfehlt wurde.

Haushaltsstrukturprogramm II

Für die Haushaltsjahre 2016 soll der Haushalt um 5 Mio. Euro und in 2017 um 15 Mio. Euro entlastet werden.

Das Haushaltsstrukturprogramm II ist in weiten Teil kein Programm zur Kostenreduktion, es ist ein Konglomerat aus Einsparungen, Gebühren-erhöhungen und internen Verrechnungen.

So tragen die Dezernate I mit Erhöhung von Mieten und Pachten (480.000 Euro in 2017) und Gebühren bei Verkehrsvergehen (112.000 Euro in 2017) sowie das Dezernat III mit der Erhöhung der Betreuungsgebühren (680.000 Euro in 2016/2017) am kräftigsten zu der Konsolidierung bei.

Bereits in 2015 sollten Haushaltsverbesserungen in Höhe von 2.841.000 Euro erbracht werden.

Lediglich 1.735.000 Euro (61%) hatten zum Ziel, Ausgaben zu reduzieren – bislang hat es die Verwaltung unterlassen den Erfolg der Ausgabenentlastung aufzuzeigen. Zusätzlich waren Gebührenerhöhungen in Höhe von 521.000 Euro (18,4%) sowie Verrechnungen innerhalb der Verwaltung in Höhe von 585.000 Euro (20,6%) geplant.

Auch in dem neu aufgelegten Haushaltsstrukturprogramm II belaufen sich die Vorschläge zur Reduzierung von Ausgaben auf knapp 63,6% in 2016 und 67,7% in 2017.

Besonders unbefriedigend ist die Tatsache, dass zur Beratung des Haushaltes 2016/2017 weder die Plan-Zahlen 2015 noch die voraussichtlichen Ist-Zahlen 2015 in den entsprechenden Informationsvorlagen „Zielsystem und Budget der Fachbereiche“ bekannt gegeben werden.

Ebenso ist die Möglichkeit für die Stadträte, sich durch Fragen an die Verwaltung mehr Einblick in den Haushalt zu verschaffen, bei den diesjährigen Beratungen nur sehr eingeschränkt möglich. Während der Entwurf zum Haushalt bereits am 6. Oktober 2015 eingebracht wurde, war das Informationssystem SharePoint für die Stadträte erst ab dem 9. November 2015 einsatzbereit.

Haushaltsstrukturprogramm III

Bei Vorbereitungen des Etats 2016/2017 wurde dem Oberbürgermeister und dem Kämmerer offensichtlich klar, dass der bisher begangene Weg direkt in die finanzielle Katastrophe führen muss und zwar beginnend mit dem Jahr 2017.

Dies führt zu der schon fast verzweifelten Maßnahme des Haushaltsstrukturprogramms III.

Im Jahre 2018 sollen 20 Mio. Euro ab dem Jahr 2019 40 Mio. Euro eingespart werden. Hier wird der Versuch unternommen, die finanziellen Sünden der Vergangenheit mit radikalen Mittel zu korrigieren.

Beim Haushaltsstrukturprogramm III gibt es einen gravierenden Unterschied zu den Vorgängern. Während bei den vorausgegangenen Haushaltsstrukturprogrammen die Vorgaben von der Verwaltung direkt an die Dezernate weitergegeben wurden, soll beim Haushaltsstrukturprogramm III ein Projektausschuss unter Beteiligung des Gemeinderates und eines der bei der Verwaltung Stadt Mannheim offensichtlich unentbehrlichen externen Beraters eingerichtet werden. Den Ausschuss begrüßen wir ausdrücklich, ergibt sich dadurch doch die Gelegenheit, unserer Verantwortung gerecht zu werden. Voraussetzung ist eine ehrliche Offenlegung der Zahlen. Als Beispiel führen wir hier den tatsächlichen Finanzierungsbedarf des Sanierungsstaus im Bereich der

Straßen an. Ohne diese Transparenz ist eine Priorisierung des Haushaltsstrukturprogramms III nicht möglich.

In wieweit ein externer Berater notwendig ist oder ob wir nicht den erforderlichen Sachverstand bei den Mitarbeitern/innen der Verwaltung finden, bleibt noch zu prüfen.

Wir sind überzeugt davon, dass diese Kommission notwendig ist, da manche möglichen hohen finanziellen Risiken in den Etatreden nur en passant aufgezeigt wurden.

So hat der **Kämmerer in seiner Etatrede** eine der zentralen Risiken nicht erwähnt, nämlich die Steuerrückzahlungen aus Rückstellungen „Eine mögliche Auszahlung der gebildeten Rückstellungen in Höhe von derzeit 62 Mio. Euro ist im Finanzzeitplan nicht finanzierbar“.

Sollte der Ernstfall eintreten, ist das Neuverschuldungsverbot sofort Makulatur.

Universitätsklinikum Mannheim

Das Universitätsklinikum Mannheim (UMM) tauchte in den Etatreden des Oberbürgermeisters und des Kämmerers nicht auf. Über Jahrzehnte wurden im Unterschied zu anderen Klinika keine Defizite eingefahren, es wurde im Gegenteil ein solides finanzielles Polster gebildet.

Durch den bundesweit publik gewordenen so genannten Hygieneskandal, bei dem Fakten und publizierte Meinungen weit auseinander klafften, kam es zu einem bedrohlichen Belegungsrückgang, der zu Verlusten in zweistelliger Höhe geführt hat.

Zu allem Unglück hat sich auch der Fehleinkauf 2013 von drei Krankenhäusern in Südhessen (Südhessischer Klinikverbund), der ohne vorherige sorgfältige

kaufmännische Prüfung durchgeführt wurde, als katastrophale Fehlinvestition erwiesen, die zu weiteren Verlusten geführt hat und weiter führen wird.

Da die Stadt Mannheim für die Verluste haftet, sind Rückwirkungen auf den Etat der Stadt Mannheim im Rahmen des vorliegenden Haushalts nicht auszuschließen oder eher sogar zu befürchten.

Luisenpark, Herzogenriedpark, BUGA 2023

Die beiden beliebten Oasen der Ruhe und der Entspannung sind leider in einem beklagenswerten Zustand. Die vorgeschlagenen Kürzungen der Zuschüsse lehnen wir strikt ab. In Anbetracht des schlechten Zustandes der Parkeinrichtungen ist der Zuschuss vielmehr zu erhöhen.

In diesem Zusammenhang fordern wir die Verwaltung auf, das Gutachten zur Sanierung der Multihalle dem Gemeinderat vorzulegen. Immerhin haben wir für das Gutachten bereits 700.000 Euro investiert.

Nach der Vorstellung der Verwaltung sollten mit Hilfe der BUGA 2023 die Stadtteile Neckarstadt und Innenstadt mit mehr dringend benötigter Frischluft versorgt werden, dies sollte durch die Schaffung des Grünzug Nord-Ost erfolgen. Das Gegenteil wäre mit dem Bau der Riedbahnparallele und der Lärmschutzwand der Fall.

Grünzug und BUGA 2023 sollten leichthin mit 105 Mio. Euro Investitionskosten finanzierbar sein. Nicht erst seit die aktuelle Kostenschätzung für den unnötigen und ökologisch schädlichen Bau der Riedbahnparallele bekannt wurde, ist klar, dass das vorliegende Projekt weitaus teurer werden wird.

Die Grundlagen des Bürgerentscheids sind längst durch die Verwaltung selbst ad absurdum geführt worden. Aus finanziellen und ökologischen Gründen lehnen wir diese BUGA-Planung ab.

Change²

Im Jahre 2008 wurde das Programm Change² eingerichtet mit dem Ziel, innerhalb von 5 Jahren die modernste Verwaltung Deutschlands zu schaffen. Fünf Jahre und 10 Mio. Euro später war das Ziel nicht erreicht. Das Programm wurde bis 2018 verlängert, seither wurden schätzungsweise weitere 2-3 Mio. Euro ausgegeben - die modernste Verwaltung gibt es immer noch nicht. Das Programm leidet nach wie vor an grundsätzlichen Mängeln.

In allen Bereichen führt es aber zu einer deutlichen Arbeitsmehrbelastung der Beschäftigten, ohne dass ihnen in vielen Fällen der Sinn ihres Tuns klar ist. Von einer versprochenen Evaluation mit eventuellen Konsequenzen ist bisher nicht viel zu sehen. Nach Aussagen von Mitarbeiter/innen hat die Einführung von Change² teilweise zu einer deutlichen Verlangsamung interner Prozesse geführt. Umstritten ist die Rolle der personell stark angestiegenen strategischen Steuerung, die Vorgaben anordnet, selbst jedoch keinerlei Verantwortung trägt.

Eine Einschätzung eines Insiders zu dem Thema ist wie folgt: „Wenn ich die Kriterien durchgehe, haben wir einiges erreicht, wir sind aber nach diesem Maßstab noch nicht modern, also so weit wie wir kommen müssten. Die Anforderung, die jetzt vor uns steht, wird zeigen, wie viel Modernisierung wir tatsächlich durchlaufen haben. Wenn dieser Prozess genauso abläuft wie die Sparrunden der 1990er Jahre, würde ich sagen, dass wir **in den letzten 8 Jahren nicht sehr viel erreicht haben**“. (Dr. Kurz: Magma, November 2015)

Eine deprimierende Bilanz.

Nach dem heutigen Stand der Dinge muss das Programm gestrafft und die Mitarbeiter/innen von unnötigen Aufgaben entlastet werden.

Personal

Eine Konsolidierung des Haushalts kann nur über eine Steuerung der Personalausgaben erfolgen. Denn es ist vor allem die Personalentwicklung, die – im Unterschied zu den Sozialausgaben – teilweise steuerbar ist, die den Haushalt sprengt.

Zur Erinnerung: Von 1991 bis 2004 erfolgte eine Personalkonsolidierungsphase. Im Jahre 2004 waren bei der Stadt Mannheim insgesamt 4.671 Vollzeitstellen besetzt, im Jahre 2014, also 10 Jahre später, waren es 5.539 Vollzeitstellen. Ein Anstieg um 868 Vollzeitstellen oder um 18,6% in 10 Jahren.

Allein vom Haushalt 2014/2015 zum jetzigen Haushalt kam es zu einem Mehr von ungefähr 100 Stellen, eine scheinbar unaufhaltsame Entwicklung.

Parallel zu dieser Ausweitung der Mitarbeiter**zahl** stiegen natürlich die Personalk**kosten**. In 10 Jahren erfolgte hier ein Anstieg um 100 Mio. Euro.

So werden die Personalkosten im Haushaltsplan 2017 zum ersten Mal die magische Marke von 300 Mio. Euro/Jahr überschreiten, wenn keine Gegensteuerung erfolgt.

Das Anwachsen der Beschäftigtenzahl ist der hauptsächliche Treiber der Kosten. Dabei ist verständlich, dass die Tarifsteigerungen umso mehr zu Buch schlagen, je mehr Mitarbeiter/innen beschäftigt werden.

Immer wieder werden die gestiegenen Aufwendungen für die Kinderbetreuung als Kostentreiber angeführt. Dies ist nur bedingt richtig. Die Ausgaben stiegen von 28 Mio. Euro in 2012 auf 34 Mio. Euro in 2014. Wenn man sich aber den Gesamthaushalt der Stadt ansieht, ist die zunehmende Beschäftigung von Erzieher/innen nur ein, aber kein so großer Aspekt, wie immer betont wird.

Im Gesamthaushalt der Stadt sind 23% der Mitarbeiter/innen im Sozialbereich beschäftigt. 37%, also fast das Doppelte, sind in der Verwaltung tätig. Es ist also

zu vermuten, dass die vermehrte Einstellung von Erzieher/innen nur einen kleineren Teil der Kostenerhöhungen verursacht, der wesentliche Kostentreiber des Personalaufwands ist die Aufblähung der übrigen Verwaltung.

Wir schlagen deshalb vor:

- Abschaffung des 5. Dezernats
- Abschaffung des Fachbereichs 17, unverzichtbare Aufgaben könnte der Fachbereich 11 übernehmen.
- Überprüfung der Zahl der persönlichen Referenten im Dezernat des Oberbürgermeisters.

Durch LPVG sind 25 neue Stellen im Gesamtpersonalrat entstanden. Es stellt sich die Frage, ob hier eine Änderung möglich wäre, wenn die Stadtverwaltung als **eine** Dienststelle definiert wäre.

„Weitere Personalausweitungen sind vor diesem Hintergrund kritisch zu prüfen“. (1.Bürgermeister und Kämmerer Specht, Haushaltsrede 2015)

In den beiden letzten Haushaltsberatungen waren es wir, die Freien Wähler, die vor einer weiteren Steigerung gewarnt hatten, das Ergebnis kennen wir.

Es gibt nur einen Weg, die Personalsteigerungen in den Griff zu bekommen: Wir müssen ein neues **Personalkonsolidierungskonzept** auf den Weg bringen mit dem Ziel, in den nächsten Jahren Personal abzubauen, wie es in der Vergangenheit unter Oberbürgermeister Widder schon einmal praktiziert wurde. Nach Aussagen des Kämmerers muss es hier zu einem Stellenabbau um 300 - 400 Stellen kommen. Der Oberbürgermeister und Gesamtpersonalrat sind hier gefordert, gemeinsam mit den Dezernaten zu Lösungen zu kommen.

Gewerbesteuer

Die Unternehmen in dieser Stadt sind mit der Gewerbesteuer auf das Äußerste und in ihrer Substanz belastet. Mannheim hat, obwohl wesentlich kleiner, mit 430 Punkten einen höheren Hebesatz als die Landeshauptstadt Stuttgart. Zumindest hier führen wir in ganz Baden-Württemberg.

Mittelfristig müssen wir aber die Gewerbesteuer wieder senken. Für mögliche Neuansiedlungen sind 430 Punkte eine Gewerbeansiedlungsverhinderung.

Mannheim hat seit Jahrzehnten kein Einnahmeproblem, sondern ein massives Ausgabeproblem. Die Gewerbesteuererinnahmen haben sich in den letzten 12 Jahren hervorragend entwickelt und haben sich von 144,9 Mio. Euro in 2003 auf 296,8 Mio. Euro in 2015 mehr als verdoppelt.

Die Haushaltsansätze des Kämmerers waren und sind leider immer noch zu optimistisch.

Einkommensteuer

Die Einkommensteuer hat sich gut, aber leider nicht sehr gut entwickelt. An dieser Stelle lohnt mal ein Blick über den Rhein, nach Ludwigshafen.

Ludwigshafen ist es – im Gegensatz zu Mannheim – gelungen, starke Einkommensteuerzahler nach Ludwigshafen zu holen. Wohnungsbaupolitisch versagen wir auf diesem Gebiet leider völlig.

Eine langfristig gesunde Wohnungsbaupolitik der Eigentumsbildung sichert einen stetigen Anstieg der Steuerzuweisungen. Als Vorbild kann hier die Stadt Ludwigshafen mit ihrer Rheinuferbebauung dienen.

Grundsteuer

Die geplante Grundsteuererhöhung ist unsozial.

Sie trifft alle Gesellschaftsschichten, also auch kleine und mittlere Einkommensbezieher.

Solang wir Geld für sinnlose Projekte – den vom nahezu kompletten Bezirksbeirat vor Ort abgelehnten Wohnmobilstellplatz in Neuostheim – ausgeben oder dringende Sparmaßnahmen, wie das seit Jahren defizitäre FVZ zu schließen, nicht angehen, sehen die Freien Wähler keine Notwendigkeit, die Grundsteuer zu erhöhen.

Mannheim als Einkaufsstadt - Stadt der Vororte und Stadtteile

In Ihrer Rede, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, gehen Sie auf die Einkaufsstadt Mannheim ein, lassen dabei aber alle Stadtteile und Vororte unerwähnt. Das ist seit vielen Jahren Politik in dieser Stadt. Die Innenstadt, die Innenstadt und nochmal die Innenstadt. Mannheim ist aber gerade eine Stadt der Stadtteile und Vororte. Die Lange Nacht der Kunst und Genüsse hat es gezeigt: Über 30.000 Besucher flanierten in nahezu allen Vororten in über 300 Geschäften. Wir lassen diese Veranstaltung aber fast gänzlich im Regen stehen, die Gelder fließen lieber in den Nachtwandel in die Innenstadt. Eine Kerwe oder ein Straßenfest im Vorort zu organisieren ist für die Gewerbevereine vor Ort ein Kraftakt, finanziell lassen wir sie allerdings wieder im Regen stehen.

Fazit: etwas weniger in die Innenstadt dafür mehr Geld in die Vororte und Stadtteile.

Investitionen

Der uns vorgelegte Haushalt sowie die mittelfristige Finanzplanung führen uns deutlich vor Augen, die Investitionskraft und Investitionen betreffen überwiegend Sanierungen der Stadt. Die Investitionskraft sinkt in 2016 von 106 Mio. Euro auf 68 Mio. Euro im Jahre 2019. Wohlgemerkt trotz einer vorgeschlagenen Grundsteuererhöhung sowie noch gravierender, dem Haushaltsstrukturprogramm III mit einem Volumen von 40 Mio. Euro. Konkret bedeutet das, dass bei einer Nichteinführung des Haushaltsstrukturprogramm III eine Investitionsfähigkeit der Stadt nur noch marginal gegeben sein wird!

Wir haben seit langem auf den bestehenden Sanierungsstau, den wir auf insgesamt ca. 1 Milliarde Euro beziffern, hingewiesen. Dieser Sanierungsstau muss als "verdeckte Schulden" bezeichnet werden.

Als Beispiel mögen die Sanierungsnotwendigkeiten bei den Straßen dienen: wir vermuten in der Zustandsklasse 4-6 einen aufgelaufenen Rückstand in Höhe von vorsichtig geschätzt 200 Mio. Euro. Bei einer vorgesehenen Sanierungshöhe von jährlich 2 Mio. Euro würden wir 100 Jahre benötigen, um diesen Sanierungsstau abzubauen. Dabei ist davon auszugehen, dass nach spätestens 50 Jahren eine erneute grundlegende Erneuerung einer Straße notwendig ist. Dieses Beispiel führt uns drastisch vor Augen, dass hier der „point of no return“ längst überschritten ist.

Die Stadtkasse ist leer und die Verwaltung schlägt daher vor, notwendige Investitionen „auszugliedern“ und in städtische Gesellschaften, der GBG und BBS zu übertragen. Dies wird mit einem Volumen von ca. 160 Mio. Euro in den nächsten 4 Jahren erfolgen.

Als Beispiel mögen der Neubau des technischen Rathauses sowie die Umsiedlung des Stadtarchivs in den Ochsenpferchbunker genannt sein.

Man kann diese Vorgehensweise als Verlagerung in Schattenhaushalte kritisieren. Über die zu zahlenden kostendeckenden Mieten werden diese Finanzierungen den Ergebnishaushalt mit einer kleinen Zeitverzögerung sehr wohl erreichen und ihn natürlich weiter verengen.

Immerhin aber wird die Stadt dadurch endlich gezwungen etwas zu tun, was sie leider in den letzten Jahrzehnten viel zu wenig getan hat, nämlich mit der Zahlung einer kostendeckenden Miete auch entsprechende Sanierungsrücklagen zu bezahlen.

Abschließend ist festzustellen, dass uns die vorgelegten Zahlen wenig Hoffnung auf einen nennenswerten Abbau unserer Sanierungsprobleme machen.

Umso wichtiger ist jetzt die Erkenntnis, dass große neue Projekte in Zukunft nicht mehr möglich sein werden. Diese Feststellung betrifft auch die für das Jahr 2023 geplante Bundesgartenschau. Die für die Buga eingeplanten Mittel, im Besonderen die eingestellten 12 Mio. Euro für die Verlagerung der Aubuckelstraße, werden viel dringender für andere "Baustellen" unserer Stadt benötigt.

Sport

Die vom Oberbürgermeister geforderte Auslagerung der Bäder und Freizeiteinrichtungen in eine „unternehmerische Aufgabe“ findet nicht unsere Zustimmung. Es ist nicht der Mangel an Befähigung der städtischen Mitarbeiter/innen, dass die Verwaltung und Weiterentwicklung der Bäder und Freizeiteinrichtungen nicht im gewünschten Maße voranschreiten.

Wie uns die aktuell vorliegende Bäderkonzeption deutlich vor Augen führt, fehlt es auch hier an Geld, um den Sanierungstau in der Mannheimer Bäderlandschaft abzubauen – von Neuinvestitionen nicht zu reden.

Nach wie vor beklagen Sportvereine und der Sportkreis die mangelnde Unterstützung beim Projekt „Kooperation Sport und Schule“. Durch die gewünschte Ausweitung des Ganztagschulangebotes wird die Gewinnung der Jugend für den Sport in den Vereinen erheblich beeinträchtigt.

Soziales

Nach wie vor ist der Sozialhaushalt für ein Drittel der Gesamtausgaben der Stadt Mannheim verantwortlich, er ist in den letzten 10 Jahren um 100 Mio. Euro angestiegen.

Dabei muss man aber darauf hinweisen, dass etwa 2/3 dieses Betrags nicht von der Stadt Mannheim aufgebracht werden muss, sondern aus anderen Quellen (z.B. Bund) kommen.

Der Eigenanteil der Stadt Mannheim ist in den letzten Jahren relativ konstant geblieben wie der Oberbürgermeister in seiner Haushaltsrede ausführt „Die Sozialaufwendungen (netto) zeigen für die nächsten beiden Jahre 2016 mit 183,4 Mio. Euro und 2017 mit 184,8 Mio. Euro noch kleine Steigerungen“.

Im Vergleich zu anderen Ausgaben nimmt sich daher die erwartete **Erhöhung** der Sozialausgaben bescheiden aus.

Nationaltheater

Nach der Verabschiedung des 5-Jahresplans, der Zusage der Landesregierung auf zusätzliche Unterstützung sowie der Übernahme der Tarifierhöhungen durch die Stadt kommt das Nationaltheater für die nächsten Jahre in finanziell ruhigeres Fahrwasser.

Die Anerkennung als Staatstheater ist ein seit Jahrzehnten angestrebtes Ziel, das bei der Landesregierung immer wieder vorgetragen werden muss.

Die dringend notwendige Generalsanierung des Hauses wird uns in der Zukunft noch beschäftigen.

Reiss-Engelhorn-Museen

Nach wie vor ungelöst sind hier die immensen baulichen Probleme und ihre Finanzierung. Der Sanierungsbedarf der Gebäude ist ein Teil der ungelösten baulichen Sanierungsvorhaben der Stadt Mannheim, für die bisher keine befriedigende Lösung in Sicht ist, es wird also voraussichtlich weiterhin bei der bisher üblichen Flickschusterei mit Reparatur der akut anfallenden Schäden bleiben.

Kunsthalle Mannheim

Der Neubau der Kunsthalle geht voran, die Stadt Mannheim ist in dem akuten Prozess nicht federführend beteiligt. Bei strikter Kosteneinhaltung sollte auch keine über das abgesprochene Maß hinausgehende Belastung auf die Stadt Mannheim zukommen.

Wie vorauszusehen war, wird aber der Betrieb des Neubaus trotz energiesparenden Bauens und natürlich auch wegen der Ausweitung des Spektrums zu zusätzlichen finanziellen Belastungen führen. Im Etat ist deshalb eine erhebliche Erhöhung des Betriebskostenzuschusses um 1,9 Mio. Euro vorgesehen, die aber wohl unumgänglich ist, wenn wir nicht in einen Neubau einziehen wollen, den wir nicht adäquat bespielen können.

Freie Szene

Die Unterstützung der Freien Szene erfolgt nach diesem Etatentwurf in der Form der verabschiedeten Richtlinien.

Wie bisher erfolgt eine Trennung in institutionelle Förderung und Projektförderung. In den Richtlinien werden die Modalitäten der Antragstellung definiert. Vom Aufwand her haben sich bei der Förderung keine wesentlichen Änderungen ergeben.

Kulturhauptstadt – Büro 2020 – kulturelle Stadtentwicklung

Unter verschiedenen Namen wurde dem Gemeinderat das ursprüngliche Projekt Kulturhauptstadt vorgelegt. Während der gesamten Laufzeit wurde von den Beteiligten wenig eigene und vor allem keinerlei nachhaltigen Projekte vorgelegt.

In der Vorlage 442/2015 werden Beteiligungen an Projekten anderer Träger beschrieben. Das Projekt Mannheim Street Review erscheint völlig überflüssig. Nachdem auch keinerlei Aufschlüsselung der Kosten erfolgt und auch in der Vergangenheit keine befriedigenden Tätigkeitsberichte abgeliefert wurden, werden wir beantragen, das Programm ersatzlos zu schließen.

Musikhochschule

Nachdem der drohende Abbau von Angeboten der Musikhochschule dank der Intervention der Bürgerschaft und der Politik abgewendet wurde, kann der Betrieb der Hochschule in etwas modifizierter Form weiterlaufen. Der Schwerpunkt „Dirigieren“, der nach Mannheim verlagert werden soll, wird sicher zur weiteren Aufwertung der Institution führen.

Konversion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sie haben vor wenigen Monaten Andersdenkenden Mutlosigkeit vorgehalten.

In Bezug auf die Konversion haben Sie bereits Ende 2014 öffentlich ausgeführt, dass alle Konversionsprojekte bislang weitgehend ohne den Verbrauch von Steuergeldern liefen.

Nach den Zahlen des vorliegenden Haushaltsentwurfs kommen annähernd 20 Mio. Euro für die zu erwartenden Aufgaben auf uns zu. Entgegen den früheren Zusagen kann die MWSP ohne zusätzliche Haushaltsmittel das Projekt Konversion nicht stemmen.

Jugend(förderung)

Jugendförderung bedarf aktuell mehr denn je auch einer auskömmlichen Finanzierung. Seit mehreren Etatberatungen steht das Thema der Förderung der Jugendverbände unserer Stadt auf der Tagesordnung und musste sich auch in den sogenannten guten Haushaltsjahren mit nicht auskömmlichen Zuschüssen abfinden. Es ist das falsche politische Signal an die Jugendverbände, die sich in unserem gesellschaftlichen System engagieren, wenn wir dringend benötigte Zuschüsse dem wachsenden Bedarf nicht anpassen.

Darüber hinaus ist es unerklärlich, dass es der Verwaltung nicht gelingen will, den seit langem als bedarfsgerecht unumstritten anerkannten Jugendtreff auf dem Luzenberg zu realisieren.

Bildung

Viel wird über die Ganztagschulen und den Ausbau des verbesserten Bildungsangebotes gesprochen – aber leider nur gesprochen, in Ausschusssitzungen, Presseterminen und Festreden.

Zwei Jahre liegt unser Antrag an die Verwaltung vor, ein Konzept zum Ausbau des Bildungsangebotes dem Gemeinderat zur Beratung vorzulegen. Es gab einmal die Zusagen, innerhalb von acht Jahren 50% der Mannheimer Schulen in Ganztagschulen umzuwandeln. Auch diese Zielvorgabe wurde weit verfehlt und nicht erreicht. Wir sollten uns weniger unerreichbare Ziele setzen und **mehr** das Machbare konzentriert in Angriff nehmen.

So muss die BBS einmal mehr außerhalb ihres eigentlichen Finanzrahmens tätig werden und die immer wieder verschobene Sanierung der Geschwister-Scholl-Schulen auf der Vogelstang stemmen. Dabei hat es die Verwaltung geschafft, die gut funktionierende Werk-Realschule auszubremsen.

Auf der Schönau wurde die Errichtung einer Gemeinschaftsschule im September 2013 gefeiert. Das Vorzeigeobjekt der „Mannheimer Bildungslandschaft“ wurde entsprechend der Richtlinien des Landes erbaut. Bereits wenige Monate nach Schulbetrieb wurde Klage über fehlende Räumlichkeiten geführt und nun soll ohne Landesförderung über den städtischen Haushalt nachgebessert werden.

Bei aller Diskussion über Sinn und Unsinn der sich ändernden Schullandschaft, wollen wir die berufliche Bildung nicht außer Acht lassen. Im April 2014 monierte der damalige Präsident der IHK öffentlich die unhaltbare Schulausstattung und mahnte die Ertüchtigung der Berufsschulen an. Der Sanierungsstau wurde von der IHK mit 100 Millionen Euro beziffert.

So würden beispielsweise an der Carl-Benz-Schule Auszubildende an Maschinen auf den Beruf vorbereitet, die zum Teil 30 Jahre alt sind. „Da lacht jeder Betrieb“, so der IHK-Präsident.

Was hat sich seitdem geändert – nichts und dabei sind die Kinder unsere Zukunft und Bildung unser einziger Rohstoff. Es ist beschämend und kläglich.

Sicherheit und Ordnung

Der halbjährige Probeeinsatz der „City Streife“ durch den KOD auf den Planken und der Breiten Straße war ein voller Erfolg. Im Bereich von Ordnungswidrigkeiten und niedrigschwelliger Kriminalität wurden deutliche Verbesserungen erreicht. Leider wurde das Programm aufgrund von fehlenden Personalressourcen wieder eingeschränkt. Es ist daher notwendig, den KOD um mindestens 10 Stellen aufzustocken, damit die Citystreife und ein verstärkter Streifendienst in den Stadtteilen und Vororten sichergestellt werden kann.

Feuerwehr

Es ist uns wichtig, und wir sind es den ehrenamtlichen wie den hauptamtlichen Männern und Frauen der Mannheimer Feuerwehr schuldig, dass die Vereinbarungen zur Umsetzung des Brandschutzbedarfsplans unsererseits eingehalten werden. Gerade in der besonderen Situation des Flüchtlingszuzuges konnten wir uns stets auf die Einsatzbereitschaft unserer Wehren verlassen.

Als Zeichen unserer Anerkennung dürfen wir es daher nicht versäumen, das bevorstehende 125-jährige Jubiläum entsprechend zu würdigen.

Fazit:

Zukunft sichern, verantwortlich haushalten, das ist dieser Haushalt nicht, er ist ohne Zukunftsperspektiven, es ist ein Haushalt der Ratlosigkeit und Hilflosigkeit. Die jetzigen und kommenden Probleme werden nur teilweise angesprochen, schlüssige Lösungen werden keine angeboten.

Wir werden daher den Haushalt in dieser Form ablehnen.

An dieser Stelle dürfen wir allen Mitarbeitern der Stadtverwaltung, die an der Erstellung des Haushalts beteiligt waren, sehr herzlich danken.

Mein Dank gilt meinen Kollegen Holger Schmid, Christopher Probst, Roland Weiß, Wolfgang Taubert, Altstadtrat Rolf Dieter und Christiane Hossner sowie aus dem Vorstand der Freien Wähler- Mannheimer Liste Christiane Fuchs, Edith Hufnagel, Margit Leser, Dr. Wolfgang Schönbrod, Dr. Thomas Steitz und Christine Theuer für die Unterstützung und Hilfe bei der Vorbereitung zu den Etatberatungen und der Abfassung der Haushaltsrede.

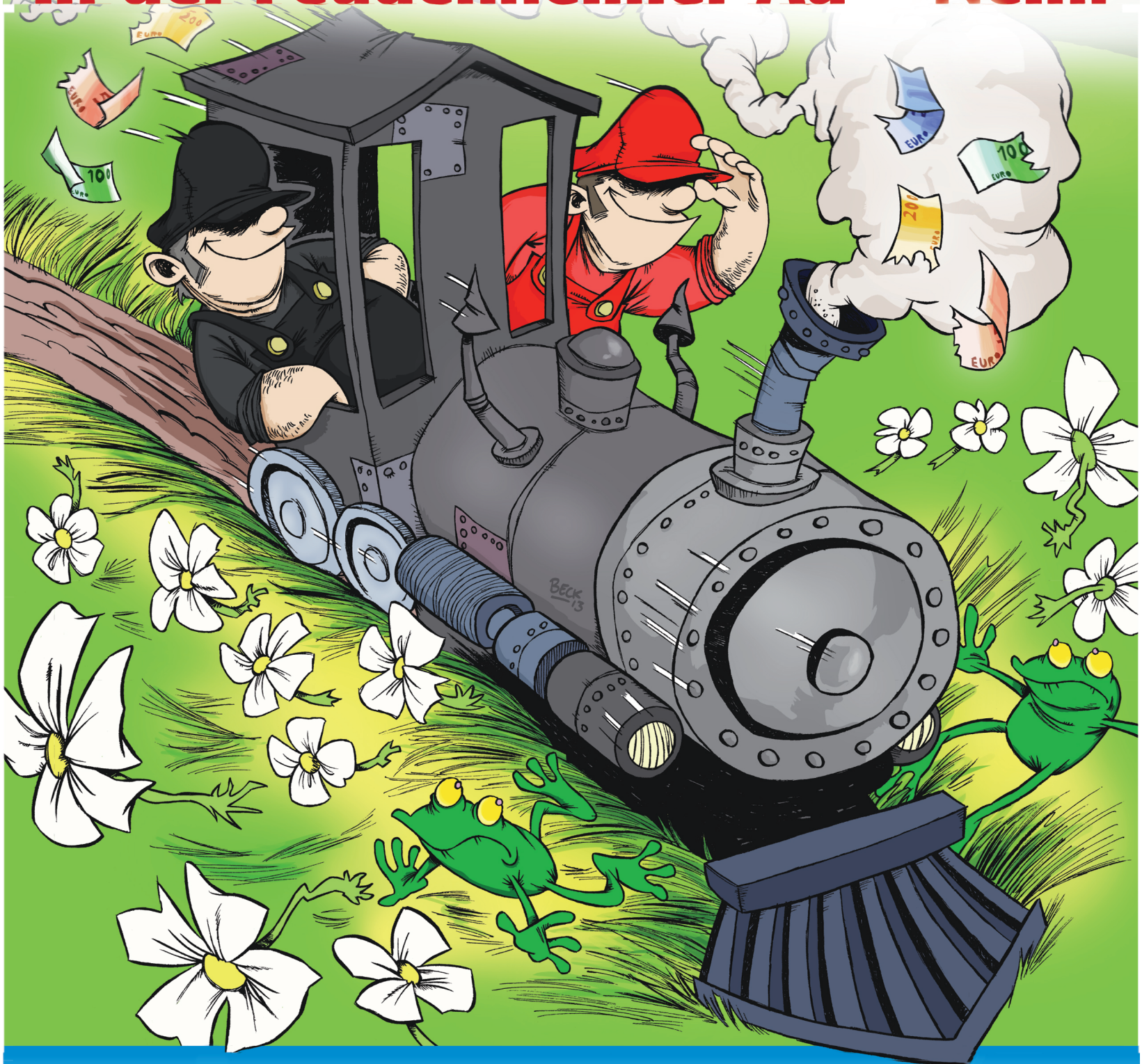
Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



Freie Wähler

Mannheimer Liste e.V.

Bundesgartenschau 2023 – JA!
in der Feudenheimer Au – Nein!



www.mannheimerliste.de